



Regio-Ausgabe

AZ Aarau, Lenzburg, Zofingen  
5001 Aarau  
058/ 200 58 58  
www.aargauerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 28'747  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 862.050  
Abo-Nr.: 1095987  
Seite: 21  
Fläche: 40'308 mm<sup>2</sup>

# Regierung droht Klage wegen Überstunden

**Lehrerpensen** Die Erhöhung der Pflichtlektionen für Bezirkslehrer ist nach Auffassung des Lehrerverbands klar rechtswidrig

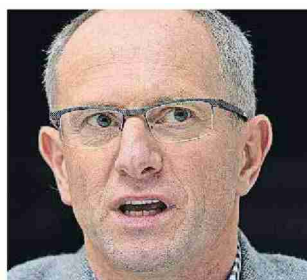
VON URS MOSER

Um den Lohn für ein Vollpensum zu erhalten, sollen Bezirkslehrer ab dem nächsten Schuljahr länger arbeiten müssen: Das Normalpensum wird von 27 auf 28 Lektionen pro Woche erhöht. Das ist einer der Sparbeschlüsse des Regierungsrats im Rahmen der Leistungsanalyse. Mit der faktischen Lohnkürzung spart der Kanton knapp zwei Millionen Franken. Obwohl sie damit bloss den Sekundar- und Reallehrern gleichgestellt werden, für die das Pflichtpensum schon heute bei 28 Lektionen liegt, rechnen sich die Bezirkslehrer gute Chancen aus, die Pensenerhöhung gerichtlich zu verhindern. Den Plan, gegen den Regierungsbeschluss zu klagen, machte letzte Woche das SRF-Regionaljournal publik. Es sei beschlossene Sache, an die Schlichtungskommission für Personalfragen zu gelangen, sobald die Lohnverfügungen für das neue Schuljahr vorliegen, sagt dazu Manfred Dubach, Geschäftsführer des Lehrerverbands. Zu einer Einigung wird es dort nicht kommen, dann führt der Weg über das Verwaltungsgericht. Ob man ihn wirklich beschreitet, wird auch von der Empfehlung der Schlichtungskommission abhängen. Sollte sie den Entscheid der Regierung stützen, stünden die Chancen natürlich schlechter.

## 385 Überstunden

Die Zuversicht, dass es nicht so herauskommen wird, schöpfen die Lehrer ironischerweise aus einer Studie, die einst der frühere Bildungsdirektor Rainer Huber in Auftrag gegeben hatte. Im Hinblick auf das Kleeblatt-Reformpaket liess das Bildungsdepartement 2008 durch das Zürcher Institut für Arbeitsforschung und Organisationsberatung die effektive Arbeitszeit der Aargauer Lehrpersonen erheben. Dazu gehören neben

den erteilten Lektionen etwa die Vorbereitung des Unterrichts, Elternkontakte oder die Organisation von Schulanlässen. Resultat: Die meisten Lehrkräfte leisten weit mehr



**«Das öffentliche Recht lässt keinen Spielraum, finanzpolitische Probleme so zu lösen.»**

**Manfred Dubach** Geschäftsführer des Lehrerverbands

**Stunden:** Die Soll-Jahresarbeitszeit für Aargauer Lehrpersonen und Staatsangestellte: Allerdings bei einem Vollpensum. Sehr viele Lehrkräfte arbeiten Teilzeit. Eine Studie hat 2008 ergeben, dass mit sinkendem Anstellungsgrad die Überstunden ansteigen. Die Jahresarbeitszeit von Lehrkräfte mit einem Pensum von 60 bis 80 Prozen lag damals 30 Prozent über dem Soll.

Stunden, als es die Vorgaben zur Jahresarbeitszeit vorsehen. Gerade auch die Bezirks-



Regio-Ausgabe

AZ Aarau, Lenzburg, Zofingen  
 5001 Aarau  
 058/ 200 58 58  
 www.aargauerzeitung.ch

Medienart: Print  
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
 Auflage: 28'747  
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 862.050  
 Abo-Nr.: 1095987  
 Seite: 21  
 Fläche: 40'308 mm<sup>2</sup>

lehrer: Ihre Jahresarbeitszeit beträgt bei einem durchschnittlichen Pensum von 75 Prozent 1851 Stunden und liegt damit mehr als 26 Prozent über dem Soll-Wert. Aargauer Bezirkslehrer, so ergab die Studie, leisten im Durchschnitt 385 Überstunden pro Jahr.

**Zum Schutz der Lehrer verpflichtet**

Damit steht für Manfred Dubach vom Lehrerverband fest: «Es gibt wirklich keinen Grund, die Pflichtpensen heraufzusetzen.» Und nicht nur das: Der Beschluss, die Pflichtlektionen heraufzusetzen, ist nach Auffassung des Lehrerverbands klar rechtswidrig. Man beruft sich dabei auf die Bestimmung des Gesetzes über die Anstellung von Lehrpersonen, wonach der Arbeitgeber «die erforderlichen Massnahmen zum Schutz von Leben, Gesundheit und persönlicher Integrität der Lehrpersonen» treffen muss. Auch das Argument, die Arbeitszeit werde gar nicht erhöht, sondern müsse nur anders auf-

geteilt werden, verfängt für die Lehrer nicht. Denn auch für die Aufteilung der Jahresarbeitszeit auf die verschiedenen Berufsfelder gebe es gesetzliche Vorgaben, so Dubach. Sein Fazit zum Pensenbeschluss der Regierung: «Das öffentliche Recht lässt keinen Spielraum, finanzpolitische Probleme so zu lösen.»

Sollten sich die Bezirkslehrer mit dieser Auslegung durchsetzen, könnte das auch weitere Sparpläne der Regierung durchkreuzen, gegen die sich bereits politischer Widerstand formiert (vgl. Text unten): Letzten Monat gab der Regierungsrat bekannt, dass wegen drohenden Defiziten in dreistelliger Millionenhöhe in den nächsten Jahren über alle Schulstufen 200 bis 250 geplante Lehrerstellen nicht besetzt werden sollen. Wie genau diese Verzichtspläne umgesetzt werden soll, ist noch offen, aber die Möglichkeiten dazu sind begrenzt: Eine ist die Erhöhung der Pflichtlektionen.

PROTEST

## Stimmvolk soll über «Bildungsabbau» entscheiden

Gestern wurde mit der Unterschriftensammlung für eine Resolution begonnen, die gegen den von der Regierung geplanten «Bildungsabbau» protestiert. Unterstützt wird diese Resolution nicht nur vom Lehrerverband und dem Verband der Schulleitungen, sondern auch vom Verband der Schulpflegepräsidenten. Bei den vom Regierungsrat angekün-

digten Einsparungen gehe es nicht wie behauptet um den Verzicht auf zusätzliche Stellen, sondern um einen Abbau von bestehenden Lehrerpensen. Dieser müsse deutlich unter der geplanten Höhe von 200 Stellen liegen. Weiter fordern die Verbände, dass die Sparmassnahme nicht mit einer Erhöhung der Lektionenzahl für ein Vollpensum, dem Anheben der Klassen-

grössen oder einem Abbau von Unterstützungsangeboten für die schwächsten Kinder umgesetzt wird. Der Regierungsrat müsse der Bevölkerung gegenüber offenlegen, dass ein Stellenabbau unweigerlich zu einem Leistungsabbau in der Schule führe. Man erwarte, dass ein Abbauprogramm in den Schulen der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird. (MOU)